

zur Aktion „Überall sparen für Ihre Autobahnen“

am Samstag, den 2. Oktober 2010 12:00 Uhr .Ort: Hamburger Rathausplatz
Anlässlich der ellenlangen Sparlisten für Soziales, Kultur, Sicherheit, Bezirksmittel werden Engagierte Wilhelmsburger und Harburger kreativ darauf aufmerksam machen, dass der Senat unverändert an den BSU Plänen zum Bau zweier Autobahnen durch den Bezirk Mitte festhält, deren utopischer Zeitplan geradezu offensichtlich macht, dass hier die Verschwendung Millionen von Steuergeldern stattfindet, die an anderer Stelle eingespart werden sollen.

| | |
|--|--|
|  | <p>Millionen für Autobahnen die</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ nicht rechtzeitig fertig werden. ➤ Verkehrspolitischer Unsinn sind. ➤ die Menschen nicht wollen. ➤ keiner braucht. ➤ Tausende schädigen. ➤ Biotope vernichten. ➤ Wohngebiete verlärmern. ➤ ein Einstieg in noch mehr Autobahnen sind. ➤ Hamburg nicht hat. |
|--|--|

Es ist völlig verfehlt und einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar, Mittel aus den Bezirken, den Kitas, der Kultur usw. abzuziehen und sie in Autobahnprojekte mit nachhaltig negativen Auswirkungen auf zukünftige Verpflichtungen Hamburgs zu transferieren. Unter deren negativen Folgen ganze Stadtteile leiden würde.

Der Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße auf kaltem Wege zur Autobahn, macht deutlich wohin langfristig die Reise gehen soll.

Ein mangelhaftes Projekt mit einem derart utopischen Zeitplan zu beginnen, dessen Scheitern abzusehen ist, ist mehr als fahrlässig.

Hier geht es nicht um den Sprung über die Elbe oder die „Aufwertung“ Wilhelmsburgs. Nein, hier geht es um Straßen für angeblich zukünftige Verkehre, die mit allen Mitteln durchgesetzt werden sollen, auch wenn dafür an weit wichtigeren Stellen gekürzt werden muss.

Denn sparen bedeutet, etwas was man hat, nicht zu verwenden und nicht, etwas was einem fehlt zu verschwenden.

Konsequent enthält der Senatsbeschluss die Aufstockung der Rechtsabteilung der BSU.

Jedem in Hamburg sollte klar sein, dass durch Kürzungen der Mittel für die Kitas, die Polizei, die Bezirke und soziale Einrichtungen sowie die Kultur, der nötige finanzielle Spielraum für die Autobahnprojekte des Senates erhalten werden soll. In wie weit das der Koalitionsarithmetik geschuldet ist, wird nach dem Senatsbeschluss zur Nebensache.